



Haushalts- und Finanzausschuss

38. Sitzung (öffentlich)

1. März 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 14:20 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokollerstellung: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
------------------------------------	-------

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
---	---

1 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und des Landesbesoldungsgesetzes Nordrhein-Westfalen	6
--	---

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3641

Nach abschließender Beratung mit den zuständigen Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung **beschließt** der Ausschuss einvernehmlich, **kein Votum abzugeben**.

2 Kein Wettbewerb ohne Spielregeln: Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Familienzentren klarstellen!	8
---	---

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3175

Der Ausschuss debattiert über die Inhalte des Antrages.

Anschließend **lehnt** er den **Antrag Drucksache 14/3175** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen **ab**.

- 3 Nachhaltige Finanzpolitik - Indikatoren zur Evaluation langfristiger Haushaltsentwicklungen einsetzen** 11
- Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
zum Haushaltsgesetz 2007
Drucksache 14/3590
- Nach ausführlicher Diskussion über den Text des Entschließungsantrages und das weitere Vorgehen **beschließt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, am 6. Juni 2007 ein **Expertengespräch** zu dem Thema durchzuführen.
- 4 Beteiligungsbericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2005** 15
- Vorlage 14/889
- Der Bericht wird im Rahmen einer Aussprache, in der StS Angelika Marienfeld (FM) auf Fragen der Abgeordneten antwortet, zur Kenntnis genommen.
- 5 Aktuelle Änderungen im Beihilferecht** 18
- Vorlage 14/918
- Die sich in der Beratung ergebenden Fragen werden von MDgt Werner Brommund (FM) beantwortet.
- 6 Entwicklung der Personalausgabenbudgetierung in der Landesverwaltung NRW** 20
- Vorlage 14/764
- Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Diskussion zur Kenntnis.

Seite

- 7 Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Erbschaftsteuer** 21
Bericht des Finanzministeriums
- StS Angelika Marienfeld (FM) berichtet (s. **Anlage zu TOP 7**).
Anschließend ergibt sich eine längere Diskussion über die künftige Erbschaftsbesteuerung. Die Beratungen sollen in einer der nächsten Sitzungen fortgesetzt werden.
- 8 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen** 26
Vorlagen 14/899 und 14/912
- Der Ausschuss nimmt ohne Aussprache von den Vorlagen Kenntnis.
- 9 Übertragung des Kfz-Steuer-Aufkommens auf den Bund - Ergebnis der Finanzministerkonferenz vom 22.2.2007** 27
Bericht des Finanzministeriums
- StS Angelika Marienfeld (FM) erstattet Bericht (s. **Anlage zu TOP 9**).
In der folgenden kurzen Beratung werden sich daraus ergebende Fragen vom Finanzministerium beantwortet.
- 10 Verschiedenes** 28
- 11 Organisatorische Maßnahmen und Abläufe in der Finanzverwaltung** 29
Bericht des Finanzministeriums

An einen kurzen Bericht schließt sich eine Diskussion an.
